

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen

Pressekorrespondenten

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

31. AUG. 1964

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

E/XIX/165

Bonn, den 31. August 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Für den Frieden in der Welt ----- Die Gedenkfeiern der SED	42
2	<u>Glosse:</u> "Einer der maßgeblichsten Bundesbeamten" ----- Felix von Eckardt bringt sich in Erinnerung	36
3 - 4	Süd-Vietnam: "Das gefährlichste Abenteuer der USA" ----- Erste Bilanz und Perspektiven Von Erwin Erasmus Koch	7
5	<u>Kommunistische Parteien beziehen Stellung</u> ----- Was ist "richtiger" Kommunismus? Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	64

Vorankündigung

Die schon peinlich wirkenden Bemerkungen der CDU/CSU, das Versagen der ihren Parteien angehörenden Kultusminister auf dem Gebiet der Bildungspolitik zu entschuldigen oder zu verschleiern, veranlassen uns zu einer gründlichen Darstellung der Bildungswirklichkeit in der Bundesrepublik. - Der SED-Pressediens veröffentlicht in seiner Ausgabe vom

Mittwoch, dem 2. September 1964

eine Dokumentation unter dem Titel:

Erziehung entscheidet über unser Schicksal

Wo hat die "Bildungsoffensive" begonnen?

31. August 1964

Für den Frieden in der Welt

Die Gedenkfeiern der SPD

sp - Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am vergangenen Wochenende veranstalteten Gedenkfeiern zur Erinnerung an den Ausbruch des ersten und zweiten Weltkrieges haben in der Bundesrepublik und im benachbarten Ausland eine starke Resonanz gefunden. Neben den grossen Kundgebungen in Aachen, Straßburg, Echternacherbrück, Rehau, Goslar und Flensburg sind an mehr als 1000 Gedenkstätten und auf Friedhöfen Kränze von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei niedergelegt worden; an den Feiern selbst beteiligten sich alle Bevölkerungskreise.

Zum ersten Mal hat eine politische Partei in Deutschland in dieser Form jener schicksalsschweren Tage gedacht, in denen unser Volk, die meisten anderen europäischen und viele aussereuropäische Völker in den Strudel grauenvoller Gewalttaten hineingezogen wurden. In diesen Gedenkstunden sah man junge und alte Menschen; jene, die sich heute anschicken, das politische Geschehen von morgen zu formen und jene, die selbst als Soldaten, Kriegsgefangene, Häftlinge von Konzentrationslagern oder als Bombengeschädigte in der Heimat Zeugen schrecklichen Erlebens gewesen sind. Es wurde nicht nur der eigenen Opfer gedacht, auch auf den Friedhöfen der früheren Kriegsgegner fanden Gedenkstunden statt; so unter anderem auf dem grossen Friedhof in Stuckenbrock im östlichen Westfalen, wo 65 000 russische Kriegsgefangene ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. In Bergen-Belsen wurde jener unzähligen Namenlosen gedacht, die an den Stätten des Grauens ihr Leben lassen mussten.

An den westlichen Grenzen der Bundesrepublik fanden sich französische, belgische, holländische und luxemburgische Sozialisten gemeinsam mit deutschen Freunden in dem Gelöbnis, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, dass die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. An der Grenze der Bundesrepublik nach Osten hin, in Rehau, unweit der Grenze zur Tschechoslowakei, galt der Gruss der ungarischen Sozialistin Anna Kethly allen jenen, die auch heute noch Opfer einer Gewaltherrschaft sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte am gleichen Tage in Hannover in einer grossen Kundgebung an die Opfer der Kriege erinnert, und auch in Berlin gaben die Heimatvertriebenen aus Anlass des "Tag der Heimat" ihren Gedenkstunden das Gepräge einer würdigen Erinnerung an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Überall, wo in diesen Tagen, gerufen von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Menschen zusammengekommen waren, um des Ausbruchs der beiden Weltkriege zu gedenken, manifestierte sich der Wille zur Völkerversöhnung und zum Frieden. Wir sind sicher, dass diese Hoffnung von Millionen und Abermillionen Menschen getragen wird, dass sie Gestalt annimmt, und zur tragenden Idee des Bemühens wird, mit den Problemen dieser Zeit fertig zu werden.

31. August 1964

Glosse:

"Einer der maßgeblichsten Bundesbeamten"

Felix von Eckardt bringt sich in Erinnerung

sp - In der oft hektisch geführten Diskussion der vergangenen Woche über die Frage, wie man es fertigbringen könnte, die vielfältigen Kontaktaktivitäten der Bundesregierung zur Zone besser zu koordinieren, ist merkwürdigerweise ein Name und eine bestimmte Dienststelle überhaupt nicht genannt worden. Es ist dies die Dienststelle des Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin, die zur Zeit von dem früheren Chef des Presse- und Informationsamtes, Felix von Eckardt, geleitet wird. Es heißt zwar - laut Pressemeldungen, in denen eine Illustrierte eine Artikelserie des Herrn von Eckardt ankündigt - dieser Mann sei "einer der maßgeblichsten Bundesbeamten", aber gemerkt hat man noch nicht viel davon.

Offenbar, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen und um sich wieder in Erinnerung zu bringen, tritt Herr von Eckardt nun publizistisch auf den Plan. Böse Zungen in Berlin und in Bonn behaupten, das geschehe deswegen, weil Herr von Eckardt nicht viel anderes zu bieten habe, zumal es ihm nicht gelungen sei, dem von seinem Vorgänger, dem Bundesbevollmächtigten in Berlin, Vocke, mit Format geführten Amt auch nur annähernd gleichwertige Bedeutung zu geben.

So wird also der Name Felix von Eckardt neben Marika Zahn geb. Kilius, Soraya und Flayboy Sachs die Spalten einer illustrierten Zeitung beloben. Abgesehen von der gesuchten Publikumswirkung ist die Geschichte auch noch aus folgenden Gründe interessant. Herr von Eckardt wollte schon 1961 Bundestagsabgeordneter werden, konnte aber "das Ziel der Klasse" in Cuxhaven nicht erreichen, weil ihm der sozialdemokratische Abgeordnete Hans Hermsdorf einen Strich durch die Rechnung machte.

Da von Eckardts Wirken als Bundesbevollmächtigter in Berlin nicht recht sichtbar ist, soll eine neue Kandidatur für 1965 mit Hilfe einer Illustrierten vorbereitet werden. Anstatt in der *S a c h e* - Koordination der Kontaktmöglichkeiten - etwas Neues zu hören, werden wir Memoiren zur Kenntnis nehmen dürfen und bei dieser Gelegenheit vielleicht auch erfahren, wie sich "einer der maßgeblichsten Bundesbeamten", als dessen vorzüglichste Eigenschaft bisher das Tappen im Hintergrund galt, vorstellt, was der Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin wirklich tun sollte.

Süd-Vietnam: "Das gefährlichste Abenteuer der USA"

Erste Bilanz und Perspektiven

Von Erwin Erasmus Koch

Eine nüchternen, erschreckende Bilanz des Krieges entlang dem Lauf des "Roten Flusses" im Norden, in den vom Dschungel überwucherten Bergen Zentral-Vietnams und im weiten, die Hauptstadt Saigon einschließenden Areal des Mekong-Deltas liegt jetzt vor.

Während der vergangenen acht Monate verloren die Regierungstruppen etwa 10 000 Soldaten, im Juli allein 1 590 Mann, den Vietcong töteten 8 300 schwere und leichte Waffen der amerikanischen Lieferungen in die Hände, bereits um 25 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die Verluste der US-Ratgeber nähern sich der Marke von 2 000 Soldaten, wobei die "hunter-killer", die amerikanischen Antiguerrilla-Guerillas, die höchsten Opfer brachten. Ein Experte der "Central-Intelligence Agency" (CIA) nannte das "Kriegstheater in Süd-Vietnam das gefährlichste Abenteuer der USA in ihrer Geschichte".

"Wenn es nicht gelingt..."

Der in Süd-Vietnam bewährte Beamte brachte die Ansicht der CIA wie folgt zum Ausdruck: "Wenn es nicht gelingt, die Nachschubbasen der Vietcong in Nordvietnam abzuschneiden, wenn also der Krieg nicht auf Nord-Vietnam ausgedehnt wird, kann er trotz der Überlegenheit der amerikanischen Waffen, trotz des Einsatzes von nunmehr 21 000 'Ratgebern' der US-Streitkräfte nicht der Entscheidung näher gebracht werden. Von den rund 16 Millionen Süd-Vietnamesen sind fast 80 Prozent Buddhisten und damit zumindest Neutralisten, wenn nicht gar Anhänger der Kommunisten. Sie sehen in General Khanh zumeist den 'Lakaien der Imperialisten', sie lassen den Kampf, den wir zur Abwendung der kommunistischen Machtübernahme in Süd-Vietnam unterstützen, als 'imperialistischen Krieg' auf. Diese Menschen sind der 25 Jahre der Revolution und 'Befreiung' müde. Sie sehen in uns die Nachfolger der französischen Kolonialisten. Innerhalb der von den Vietcong beherrschten Provinzen des Südens herrschen Ordnung und Sicherheit; es sind nach der überwiegenden Meinung des Volkes die 'befreierten Gebiete'."

Argumente der Kommunisten

Was nutzen dagegen die Deklarationen General Khans, die Erunterungen zum "Durchhalten", die Erklärung des Kriegsrechts, die allgemeine Mobilmachung und die vielfältigen versteckten Drohungen gegen jeden nicht "konform" Denkenden? Man mag einwenden: Das sind

Maßnahmen, durch den nationalen Notstand erzwungen, des vorübergehenden Zwanges. Aber sie unterscheiden sich keineswegs von jenen abscheulichen der Kommunisten. Diese haben ein weiteres Aktivium für sich dabei zur Hand: Sie erklären, daß sie für die Wiedervereinigung aller Vietnamesen kämpfen.

Vietnam ist ein geteiltes Land, willkürlich geteilt, ein beliebiger Breitengrad würde zur Grenze. Das Argument der Vietcong gewinnt die Herzen der Reisbauern und Teakholzfäller.

Würde nun der Krieg nach Nord-Vietnam hineingetragen - die militärischen Vorkehrungen dafür sind in allerdinge zunächst lediglich defensiver Natur getroffen - wäre das wirklich ein Weg aus dem Chaos oder würde das Chaos nur tiefer? Andererseits sind die USA nach allem bisherigen Aufwand von nunmehr mehr als sechs Milliarden Dollar, nach dem Tonkin-Zwischenfall und dem Blutzoll, den sie selbst entrichteten, viel zu stark in den südvietnamesischen Krieg verstrickt. Sie können sich nicht daraus zurückziehen, ohne ihr "Gesicht" im Fernen Osten überhaupt zu verlieren.

USA für "positive Neutralisierung" Süd-Vietnams

Der Krieg gegen Nord-Vietnam würde das Abenteuer ins Gigantische vergrößern. Eine erneute Weltkrise wäre heraufbeschworen. Die Sowjetunion müßte, wenn sie nicht ebenfalls ihr "Gesicht" verlieren sollte, mit ihrem Eingreifen zumindest sehr massiv drohen.

Gewiß wäre es dem Kreml durchaus erwünscht, wenn Mao Tse-tung gestürzt, wenn Südkina durch die Vernichtung der Yangtsekiang-Brücken vom Norden getrennt würde. Aber das sind äußerst gefährliche Wunschträume. Mao könnte 20 Millionen Soldaten ins Feld führen und schließlich einen Weltkrieg auslösen.

Was bleibt, gleich wie die schicksalhaften Entscheidungen auch immer fallen werden, ist die "Round Table-Konferenz" über die nach amerikanischer Auffassung zweifellos richtige "positive Neutralisierung" Süd-Vietnams. Selbst Rotchina müßte sich damit abfinden. Darauf eben stützt sich die Politik Präsident Johnsons. Die "positive Neutralisierung" bedeutet, daß Süd-Ostasien unter dem militärischen Schutz der freien Welt auf keinen Fall dem Kommunismus zufallen darf.

Eine solche Beurteilung fußt nicht auf militärischen Überlegungen, sie verweist vielmehr auf die unhaltbare innerpolitische Entwicklung in Süd-Vietnam.

Kommunistische Parteien beziehen Stellung

Was ist "richtiger" Kommunismus?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad,
Dr. Harry Schleicher

Wie gemäss ihrer früheren Haltung nicht anders zu erwarten gewesen ist, haben die kommunistischen Parteien Bulgariens, der Tschechoslowakei, Ost-Deutschlands und Ungarns sowie Frankreichs, Finnlands, Indiens und Australiens den Moskauer Vorschlag schnell und vorbehaltlos begrüsst, am 15. Dezember dieses Jahres eine Vorkonferenz zwecks Einberufung eines Welttreffens aller kommunistischer Parteien abzuhalten. Bekanntlich sollen an dieser Vorkonferenz diejenigen 26 kommunistischer Parteien im Reaktionsausschuss vertreten gewesen sind, die die einst als der kommunistischen Weisheit letzter Schluss gepriesene und heute von den beiden Gegenspielern Moskau - Peking in jeweils eigenem Sinne gedeutete Erklärung zur Weltlage verfasste. Chruschtschow hat damit schon nach recht kurzer Zeit die Zustimmung eines Drittels der in Frage kommenden Parteien erhalten. In den nächsten Tagen werden es zweifellos noch mehr werden.

Die veröffentlichten Zustimmungserklärungen ändern jedoch kaum etwas an der Pattstellung der sowjetisch-chinesischen Partie, bei der es wohl kaum Sieger oder Besiegte, sondern wohl nur einen Spielabbruch geben dürfte. Beide Könige haben auf dem politischen Schachbrett ihre Positionen bezogen und um sich herum jeweils ihre Bauern postiert, deren Züge für den Fortgang der Partie im Augenblick jedoch kaum noch von irgendwelcher entscheidenden Bedeutung sind. Zumindest nicht die derjenigen Parteien, die von Anbeginn des Konfliktes eine so vorbehaltlose Unterstützung der einen oder anderen Seite zukommen liessen, dass ihren Argumenten kein Eigengewicht beizumessen ist.

Interessanter als die Stimmen aus Prag, Ost-Berlin und Sofia war in diesem Zusammenhang zweifellos die ungarische Stellungnahme. Darin wurde betont, dass, obwohl die Chinesen der kommunistischen Weltbewegung "allerschwersten Schaden" zufügten, die Beratung keineswegs "der Ausstossung oder Erniedrigung irgendeiner kommunistischen Partei" dienen solle.

Es ist nicht leicht zu entscheiden, ob die ungarischen Kommunisten damit nur ihre eigene Meinung ausdrückten oder die von Moskau gewählte Taktik für die künftige Behandlung des "Falles China" realistisch umschrieben haben. Denn die ungarische Beteuerung, der Hauptzweck der Vorkonferenz sei die "Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung" - eine Formel, die zum Beispiel einst auch die Polen und Rumänen als Voraussetzung für ihre Teilnahme an der Weltkonferenz aufgestellt haben -, liest sich wie ein frommer Wunsch, der wenig Überzeugungskraft ausstrahlt. Nachdem die Chinesen bereits deutlich zu verstehen gegeben haben, dass sie einer Weltkonferenz nur nach einer fünfjährigen Vorbereitungszeit Aussichten einräumen, die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten vielleicht überwinden zu helfen, stellt sich die berechnete Frage, was eigentlich die in Moskauer Kurs segelnden Parteivertreter noch anderes diskutieren und redigieren wollen, als den Bannspruch gegen Peking.